Zeitschrift: Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz

Band: 9 (2016)

Heft: 24

Rubrik: Aus der Politik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Grosse Übungen

Verstärkte Koordination in der Gesamtplanung

Der Bundesrat hat eine von der Bundeskanzlei und vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS vorgelegte Gesamtplanung der grossen Übungen in der Schweiz bewilligt. Diese Planung – das Resultat einer Konsultation mit Departementen, Kantonen, der Armee und Vertretern aus der Privatwirtschaft – hat das Ziel, Übungen bezüglich Organisation, Inhalt und Methodik besser aufeinander abzustimmen.

Im Zentrum steht die bessere Koordination von Strategischen Führungsübungen (SFU) und Sicherheitsverbundsübungen (SVU), sowohl in der Planung als auch in der Durchführung. So soll das Szenario dieser Übungen innerhalb einer 4-Jahres-Periode zusammenhängend sein. Das Ziel einer SFU ist es, bundesrelevante Aspekte in einer nationalen Krise zu üben. Überprüft werden die interdepartementale Zusammenarbeit, die Kooperation zwischen den Verwaltungsorganen, den Krisenstäben und die Prozesse der Krisenkommunikation der Bundesbehörden. Bei einer SVU wird das Krisenmanagement im Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) getestet, wodurch Bund, Kantone und Dritte ihre Strukturen und Abläufe überprüfen können. Am 13. Januar 2016 hat der Bundesrat für den Planungszeitraum 2016–2019 beschlossen, dass 2017 eine SFU und 2019 eine SVU stattfinden soll. Diese Planung erlaubt ebenso, die Gesamtnotfallübungen, grosse Armeeübungen und teilweise grössere interkantonale Übungen zu integrieren. Das Szenario der SFU und der SVU wird gemeinsam von Bund und Kantonen bestimmt. Der Bundesrat ist Auftraggeber der Strategischen Führungsübung und die politische Plattform Sicherheitsverbund Schweiz ist Auftraggeberin der Sicherheitsverbundsübung.

Vernehmlassung

Bericht zur Sicherheitspolitik der Schweiz

Die Bedrohungslage der Schweiz hat sich in den letzten Jahren zum Teil markant verändert. Zu diesem Schluss kommt der Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Neben einer ausführlichen Analyse des sicherheitspolitischen Umfelds zeigt der Bericht auf, mit welcher Strategie die Schweiz den aktuellen Bedrohungen und Gefahren begegnen will und welche Aufgaben darin die einzelnen sicherheitspolitischen Instrumente haben.

Der Bundesrat hat den Entwurf für einen neuen Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz am 11. November 2015 gutgeheissen und eine Vernehmlassung eröffnet. Das Dokument legt die Richtlinien für die schweizerische Sicherheitspolitik der nächsten Jahre fest. Der Bundesrat veröffentlicht solche Berichte in regelmässigen Abständen, letztmals im Jahr 2010. Der Bericht wird nach der Vernehmlassung voraussichtlich im Frühsommer 2016 vom Bundesrat verabschiedet und anschliessend dem Parlament unterbreitet.

Sicherheitsverbund Schweiz

Verwaltungsvereinbarung wird unterzeichnet

Bund und Kantone haben im Frühjahr 2015 entschieden, den Sicherheitsverbund Schweiz nach seiner Pilotphase ab 1. Januar 2016 weiterzuführen und dazu eine Verwaltungsvereinbarung zu schliessen. Der Bundesrat hat am 21. Oktober 2015 die Verwaltungsvereinbarung über den Sicherheitsverbund Schweiz gutgeheissen. Er hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements EJPD und den Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS beauftragt, die Verwaltungsvereinbarung mit den Kantonen zu unterzeichnen.

Zivilschutz

Gemietete Fahrzeuge teilweise abgabebefreit

Der Bundesrat hat auf 1. März 2016 diverse Anpassungen in der Verordnung zur Schwerverkehrsabgabe vorgenommen. Bei den vom Zivilschutz gemieteten Fahrzeugen entfällt die Abgabepflicht, wenn sie für speziell definierte Einsätze gemietet werden.

Gemäss bisheriger Schwerverkehrsabgabeverordnung waren beim Zivilschutz lediglich Fahrzeuge, die in seinem Eigentum standen, von der Abgabepflicht befreit. Diese Regelung erwies sich in der Praxis als nicht ausreichend, weil der Zivilschutz selbst nur von wenigen schweren Fahrzeugen Eigentümer ist; je nach Einsatz müssen Fahrzeuge gemietet werden. Um eine Gleichbehandlung mit den Fahrzeugen der Armee auf nationaler Ebene zu erlangen, sind neu nicht nur für den Zivilschutz gekaufte, geleaste oder requirierte Fahrzeuge, sondern auch für den Zivilschutz gemietete Fahrzeuge von der Abgabepflicht befreit.

Von der Befreiung profitieren ausschliesslich Fahrzeuge, die bei folgenden Dienstleistungen eingesetzt werden:

- Einsätze bei Katastrophen und in Notlagen (Einsätze für Instandstellungsarbeiten gehören nicht dazu),
- Einsätze zugunsten der Gemeinschaft auf nationaler Ebene und
- Ausbildungen.

Wirtschaftliche Landesversorgung

Werner Meier wird Delegierter

Der Bundesrat hat am 25.11.2015 vom Rücktritt von Gisèle Girgis-Musy als Delegierte für wirtschaftliche Landesversorgung Kenntnis genommen. Sie trat per Ende Jahr in den Ruhestand. Der zum neuen Delegierten ernannte Werner Meier hat seine Funktion im Januar 2016 übernommen.
Werner Meier war zuletzt Leiter Group Security und Business Continuity Management der Alpiq AG. Seit 2003 war der diplomierte Elektroingenieur ETH Mitglied der Milizorganisation der wirtschaftlichen Landesversorgung. Bis 2012 leitete er den Sektor Energie im Bereich Informationsinfrastruktur. Seit 2013 steht er dem Bereich Energie vor und ist zuständig für die Business Continuity der national relevanten Güter- und Dienstleistungsversorgung Energie (Elektrizität, Mineralöl, Gas, Holz und Trinkwasser).

Bericht zur Versorgungssicherheit

Engpässe bei Medikamenten verhindern

Laut einem Bundesratsbericht ist die Versorgungssicherheit mit Medikamenten in der Schweiz gut, auch wenn es in den letzten Jahren vereinzelt zu Engpässen gekommen ist. Um die Versorgung zu gewährleisten, hat der Bundesrat verschiedene Empfehlungen für die Lagerhaltung, die Herstellung, den Marktzugang sowie die Preisbildung und Vergütung ausgearbeitet.

Überwachung der Radioaktivität in Aare und Rhein

Neues automatisches Messnetz

Das neue automatische Messnetz zur Überwachung der Radioaktivität im Flusswasser (URAnet aqua) misst kontinuierlich Radioaktivitätswerte in Aare und Rhein. Das vom Bundesamt für Gesundheit BAG betriebene Messnetz erlaubt es, ungewöhnlich hohe Radioaktivität im Wasser, insbesondere unterhalb der Kernkraftwerke, innerhalb von zehn Minuten zu erkennen und Alarm auszulösen. Das neue Dispositiv schliesst eine Lücke in der Überwachung der Umweltradioaktivität in der Schweiz.